

Rechtspopulismus in Skandinavien

Etablierter Protest

In Skandinavien sind rechtspopulistische Parteien schon lange kein Randphänomen mehr. Von einst kleinen Protestparteien haben sie sich zu politisch mächtigen Akteuren entwickelt und sitzen fast überall an den Schalthebeln der Macht. Was macht sie so stark?

TEXT: SUZANNE FORSSTRÖM

In Norwegen ist seit 2013 eine Minderheitsregierung unter Ministerpräsidentin Erna Solberg von der konservativen Høyre-Partei an der Macht, an der zum ersten Mal die rechtspopulistische Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet / FrP) als Juniorpartner beteiligt ist. Norwegen hat damit die längste Erfahrung mit einer mitregierenden Rechtspartei. Die Norweger betrachten die FrP daher mit weitaus weniger Argwohn, als es anderswo der Fall ist. Dies ist sicherlich der Parteivorsitzenden Siv Jensen zu verdanken, die immer wieder versucht, gute Beziehungen zu den anderen Parteien aufzubauen und ihre Partei als regierungstauglich darzustellen. Als 2011 bekannt wurde, dass der rechtsradikale Attentäter Anders Breivik Parteimitglied gewesen war, schlug sie gemäßigte Töne an. Sie betonte auch immer wieder, dass ihre Partei keine rechtsradikalen fremdenfeindlichen Wurzeln hat, sondern vor über 40 Jahren als Protestpartei gegen zu hohe Steuern und zu viel staatliche Einflussnahme gegründet wurde.

Jensens Strategie hatte Erfolg, denn sie bescherte ihrer Partei bei der letzten Wahl einen Stimmenanteil von 16,3 Prozent. In der jetzigen Regierung ist Jensen nicht nur Fi-

nanzministerin, sondern Parteimitglieder bekleiden fast die Hälfte aller Ministerposten, unter anderem im Justizministerium und im neu geschaffenen Einwanderungs- und Integrationsministerium. So sank die Anzahl der Flüchtlinge auf das niedrigste Niveau seit über 20 Jahren. Einwanderungsministerin Sylvi Listhaug scheute sich auch nicht zu behaupten, dass selbst Jesus hinter ihrer Partei gestanden hätte, da es humaner wäre, den Flüchtlingen vor Ort in ihrer Heimat zu helfen, statt ihnen die Einwanderung zu erlauben. In den sozialen Medien preist Parteichefin Jensen gerne die Erfolge ihrer restriktiven Einwanderungspolitik – und auch, dass aufgrund einer härteren Strafgesetzgebung Norwegens Gefängnisse wieder voll seien. Trotz gemäßigter Töne fällt die Partei immer wieder durch rechtsextreme fremdenfeindliche Äußerungen auf.

AUSSENMINISTERPOSTEN IN FINNLAND

Seit 2015 sitzt auch in Finnland die rechtspopulistische Partei mit auf der Regierungsbank. Ein Grund, warum Juha Sipilä, Chef der Zentrums- und derzeitiger Premier, die rechtspopulistische Partei »Die Finnen« (Perussuomalaiset) mit ins Regierungsboot holte, ist sicherlich die traditionell ausgeprägte Konsenspolitik in Finnland, bei der alle Parteien im Prinzip zusammenarbeiten können. Eine Isolierung der Rechtspopulisten wäre deshalb eher ungewöhnlich. »Die Finnen« stellen den Gesundheits- und Sozialminister sowie Verteidigungs- und Justizminister, wobei Letzterer sich in einigen Fällen für die Todesstrafe ausgesprochen hat. Parteivorsitzender Timo Soini, der die Finnen-Partei seit fast 20 Jahren unangefochten führt, ist auch als Außenminister im Amt. Er gilt als brillanter Rhetoriker mit der großen Gabe, den politischen Missmut der Bürger zu kanalisieren.

Die populistische Partei, die bis 2012 den Namen »Die Wahren Finnen« trug, hat ihre Wurzeln nicht im ultrarechten Lager, sondern ging 1995 aus der Finnischen Bauernpartei hervor. Soini verknüpfte geschickt

eine neue Verteilungspolitik zugunsten von Bauern, armen Rentnern und den am Rande in den Vororten lebenden Menschen mit einer scharfen Kritik am politischen Establishment. Auch seine kritische Haltung gegenüber der EU bescherte der Partei Aufwind. Doch der große Erfolg kam erst, als sich im-



Soini Timo ist Parteivorsitzender der Rechtspopulisten und Finnlands Außenminister.

mer mehr Rechtsradikale der Partei anschlossen. Soini wusste die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung mit Erfolg für sich zu nutzen, denn bei der Wahl 2015 erhielt seine Partei fast 18 Prozent der Stimmen. Der Parteichef, der sich mit rechtsradikalen Äußerungen zurückhält und lieber auf die EU-Skepsis vieler Finnen setzt, bezeichnet rassistische Parteimitglieder, die immer wieder für landesweite Empörung sorgen, humorvoll als »Propellerköpfe«. Der Macht zuliebe werden rassistische Mitglieder akzeptiert, um bei der Jagd nach Stimmen rechtsradikale Wähler nicht zu verprellen. Viele sehen in Soini daher den Hauptschuldigen für das vorherrschende gesellschaftliche Klima im Land.

MEHRHEITSBESCHAFFUNG IN DÄNEMARK

Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti / DF) ist seit 2015 mit 21 Prozent der Stimmen die



Siv Jensen ist Vorsitzende der norwegischen Fortschrittspartei und Finanzministerin.

zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament Folketing. Trotz dieses historischen Sieges beteiligte sich Parteivorsitzender Kristian Thulesen Dahl nicht an der Regierung, sondern agiert lieber unter der Minderheitsregierung von Lars Løkke Rasmussen von der liberalbürgerlichen Venstre-Partei in der Opposition als »Mehrheits-Beschaffer«. Ein geschickter Schachzug, denn so ist die Minderheitsregierung, die in Dänemark gang und gäbe ist, auf die Stimmen der DF angewiesen, um ihre Positionen durchzubringen. Diese de facto-Regierungsbeteiligung, die die Rechtspopulisten bereits von 2001 bis 2011 im dänischen Parlament praktizierten, verleiht ihnen großen politischen Einfluss. So konnten sie als Strippenzieher im Hintergrund das Einwanderungsgesetz immer wieder aufs Neue drastisch verschärfen.

Die DF ging 1995 aus einer Protestpartei gegen zu hohe Steuern hervor, die jedoch zunehmend rechtspopulistische Tendenzen aufwies. Ein weiterer Grund, warum die Partei so schnell politisch relevant wurde, ist die Tatsache, dass man von Beginn an mit allen Mitteln versucht hat, salonfähig zu werden. In den ersten zehn Jahren wurden mehr als 40 Parteimitglieder aufgrund ihrer Nähe zu Nazis ausgeschlossen. DF-Mitgründerin Pia Merete Kjærsgaard ist heute mittlerweile Parlamentspräsidentin. Zudem hat die DF eine breitere Palette an Themen als andere rechtspopulistische Parteien. Sie wirkt dadurch glaubwürdiger und kompetenter – gerade was wirtschaftspolitische Fragen angeht. Doch die Kritik an der Einwanderungspolitik und der EU bleiben weiterhin Zentralthema. Mit ihrer Kampagne »Sicherheit jetzt – Die Gewalt raus aus Dänemark« und Mobilmachung gegen Einwanderer und deren »andersartige und

undänische Kultur« trifft sie Umfragen zufolge den Nerv der Bevölkerung.

POLITISCHE ISOLATION IN SCHWEDEN

Im Gegensatz zu ihren Kollegen in den Nachbarländern stehen die Rechtspopulisten in Schweden noch relativ isoliert in der politischen Parteienlandschaft da. Seit 2014 ist dort eine rot-grüne Minderheitsregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven an der Macht. Die oppositionellen vier bürgerlichen Allianzparteien haben bisher jegliche Kooperation mit der rechtspopulistischen Partei der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna / SD) kategorisch ausgeschlossen. Dabei konnten die Schwedendemokraten mit einer Mischung aus Islamisierungsangst, der Forderung nach Zuwanderungsbegrenzung und einer Anti-Europa-Haltung bereits bei den Parlamentswahlen 2010 mit 5,7 Prozent erstmals in den Stockholmer Reichstag einziehen. Ihr provokativer und umstrittener TV-Werbespot, in dem eine Horde finsterner Burka-Trägerinnen zu sehen war, die eine weißhaarige Rentnerin im Rennen um Staatsgelder überholte, hatte sich ausgezahlt. 2014 konnten sie ihr Ergebnis mehr als verdoppeln und wurden drittstärkste Kraft im Parlament. Dennoch werden sie als nicht bündnisfähig angesehen, denn es gilt teilweise immer noch das Tabu, die Offenheit Schwedens gegenüber Zuwanderern infrage zu stellen. So hat Schweden von den nordischen Ländern die meisten Flüchtlinge aufgenommen, drei Mal so viel wie seine Nachbarländer. Die Antihaltung gegenüber der 1988 gegründeten SD hat ihre Ursache auch darin, dass sie im Gegensatz zu den nordischen Kollegen ihre Wurzeln in der Neonaziszene hat. Viele sind der Meinung, dass sich dies nach wie vor als Hemmschuh auswirkt. Die anderen rechtspopulistischen Parteien Skandinaviens wollen nicht mit den Schwedendemokraten verglichen werden und gehen daher auf Distanz.

Als die Flüchtlingszahlen ins Unermessliche zu schwappen drohten, änderte die schwedische Regierung ihren Kurs. Unter Tränen verkündete die damalige stellvertretende Regierungschefin Åsa Romson von den Grünen 2015 drastische Asylverschärfungen. Schweden brauche eine »Flüchtlingspause«. Heute steht die Mehrheit der Schweden hinter den schärferen Gesetzen. Einige Abgeordnete der konservativen Moderaten-Partei sind inzwischen dafür, die Zusammenarbeit mit den Rechten nicht mehr auszuschließen. Die Politik habe gezeigt, dass die Inhalte der Parteien sich immer mehr annähern. Jimmie Åkesson, der 37-jährige SD-Parteichef, weiß die Gunst



Jimmie Åkesson ist Chef der rechtspopulistischen Schwedendemokraten.

der Stunde zu nutzen und hat daher seine Strategie geändert. Der smart wirkende Politiker achtet mittlerweile penibel auf seine Wortwahl, distanziert sich von radikalem Gedankengut, möchte die Partei in die Mitte der Gesellschaft rücken und dort Stimmen gewinnen. Der Fokus wird jetzt nicht ausschließlich auf Grenzschießung gelegt, sondern auch auf eine Integrationspolitik, die aus ideologischen Gründen bisher nicht gewollt war. Åkesson zeigt sich auch beim geforderten EU-Austritt flexibler: »Viele Unternehmer, die international tätig sind, werden dadurch verschreckt, dass wir so kategorisch Nein zu allem sagen.« Dem wertebewussten Politiker fehlt es dennoch an Glaubwürdigkeit. Ihm haftet das Etikett des Wolfes im Schafspelz an. Mit einstudiert wirkenden Antworten weicht er konkreten Fragen aus und stellt sich gerne als zu Unrecht beschuldigt dar, wenn ihm Fremdenfeindlichkeit vorgeworfen wird. Seine Aussage, dass Muslime die schlimmste Bedrohung seien, würde der Lügenpresse entspringen.

ABGRENZUNG ODER ANPASSUNG?

Seit ihrer Regierungsbeteiligung haben die Rechtspopulisten in Finnland und Norwegen an Popularität verloren. Beobachter sprechen davon, dass sie an der Macht gescheitert seien. Zu viele Kompromisse seien gemacht worden. Es ist eben einfacher, in der Opposition lauthals Kritik zu üben als Verantwortung zu übernehmen und für realisierbare politische Inhalte zu sorgen. Inwieweit sich die bisherigen Volksparteien von den Inhalten der rechtspopulistischen Parteien abgrenzen oder anpassen, ist eine heikle Gratwanderung und einer der größten Herausforderungen unserer Zeit. Denn es stellt sich die Frage, ob selbst ein »Rechtsextremismus light« der richtige Weg ist. ■



Kristian Thulesen Dahl ist Parteivorsitzender der dänischen Volkspartei.